

JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen





Bereits im Studium perfekt krankenversichert gesetzlich oder privat







Info (0800) 888008200 www.debeka.de

THEMA 40 Jahre Julis



On The Basis Of Sex

Warum das brandenburgische Paritätsgesetz ein Irrweg im Kampf der Geschlechterförderung ist, schreiben Laura Schieritz und Matti Karstedt.



6 9 Fragen an Johannes Vogel und Konstantin Kuhle

Zum 40-jährigen JuLi-Jubiläum sprechen wir mit zwei ehemaligen Bundesvorsitzenden über ihre Arbeit damals, die Rolle der JuLis und die Themen der Zukunft.



15 Migration ist die Mutter aller Vielfalt

Migration ist nicht die Mutter aller Probleme, finden Denis Anwar und Robert Dehghan. In ihrem Artikel erklären sie, warum Migration vor allem die Mutter aller Vielfalt und das Wachstum unserer Gesellschaft ist.



18 Kann Spuren von Nachhaltigkeit enthalten

Liberalismus und Umweltpolitik? Kein Widerspruch, sondern eine klasse Kombination, findet Tim Schütz.

INHALT 03/2020

Der BuVo 2020	2
On The Basis of Sex	4
9 Fragen an Johannes Vogel und Konstantin Kuhle	6
Vergesst die Freiheit nicht!	8
Die Zukunft des politischen Liberalismus	10
Zurück zu den Wurzeln, vorwärts neue Wurzeln schlagen!	12
Migration ist die Mutter aller Vielfalt	13
Mehr Lobbyismus wagen	16
Kann Spuren von Nachhaltigkeit	19

CHEFREDAKTION



FRANZISKA ZIMMERER (26)

ist ein echtes Münchner Kindl und lebt als Kommunikationsberaterin im Berliner Exil. Wenn sie nicht an politischen Memes für Twitter bastelt, kauft sie stapelweise Bücher. Ihr erreicht sie unter: franziska.zimmerer@julis.de



FRANZ MÄRTL (21) studiert im 6. Semester Jura an der LMU in München. Neben dem Umweltschutz ist für ihn das Aufstiegsversprechen eine politische Herzensangelegenheit. Seine freie Zeit verbringt er mit einem guten Buch in der Hand oder auf einem Berggipfel. Ihr erreicht ihn unter: franz.maertl@julis.de

EDITORIAL

Liebe JuLis,

Als Jugendorganisation der "Reichenpartei", als "gut frisierte Alphaboys", als "neoliberale neureiche Kampfjets" und "AFDPler" haben wir es im Diskurs nicht immer leicht. Wir JuLis haben es uns zur Aufgabe gemacht, mit diesen Klischees und Vorurteilen aufzuräumen. Uns ist egal, wo jemand herkommt, denn wir wollen jedem/r Einzelnen helfen, die eigenen Ziele zu verwirklichen und ein freies, selbstbestimmtes Leben führen zu können. Das ist das Ziel und die Aufgabe unserer Politik. die wir aktiv mitgestalten.

Wenn wir einen Blick zurückwerfen, dann können wir stolz sein, was die JuLis in 40 Jahren jungliberaler Politik bereits geleistet haben. Ob Wehrpflicht-Aussetzung, Hisbollah-Verbot oder unsere Legalisierungspositionen in der FDP.

Werfen wir einen Blick nach vorne, haben wir sowohl innerparteilich als auch außerhalb eine Menge Arbeit vor uns. Die momentanen Umfragewerte geben Grund zur Sorge, Mitte August traten Unruhen in der Parteispitze der Freien Demokraten auf und auch das Leitbild missen wir JuLis an der ein oder anderen Stelle.

Die Jubiläumsausgabe des J+L wirft sowohl einen Blick zurück, aber auch nach vorne. Was sind die Themen der kommenden Jahre? Wie ist unser Verhältnis zur FDP? Wie sieht der Liberalismus des 21. Jahrhunderts aus?

All diesen Themen widmen wir uns auf den kommenden Seiten. Falls auch DU gerne einmal für das J+L schreiben möchtest, melde dich gerne bei uns: redaktion@julis.de

Eure Chefredaktion Franziska & Franz

EDITORIAL MANÖVERKRITIK	3
INTERNATIONALE SEITEN	20
LESEZEICHEN	2
IMPRESSUM	2

ON THE BASIS

OF

SEX

M

änner und Frauen sind gleichberechtigt. So steht es im Grundgesetz. Doch nach Jahrhunderten, in denen für die Gleichberechtigung der Geschlechter gekämpft wurde, soll mit dem Paritätsgesetz nun wieder ein Schritt zurück gemacht werden: Denn wieder soll das Geschlecht entscheiden, wer für ein Amt kandidieren kann – und wer nicht. Ein Irrweg.

SO EINFACH. SO FALSCH

Die Logik des Paritätsgesetzes ist bestechend einfach: Wenn 50 Prozent der Bevölkerung Frauen und die andere Hälfte Männer sind, dann muss sich diese Verteilung auch in den Parlamenten wiederspiegeln. So einfach, so falsch. Unsere Verfassung sieht nicht vor, dass Männer nur durch Männer und Frauen nur durch Frauen repräsentiert werden können. Unsere Verfassung sieht die Freiheit der Wahl vor. Männer, die sich von Marie-Agnes Strack-Zimmermann besser vertreten fühlen als von Robert Habeck, sollen das per Wahl ausdrücken dürfen - und umgekehrt. Die Freiheit der Wahl wurde hart erkämpft, ist für eine Demokratie konstituierend und muss verteidigt werden. Deshalb haben wir in Brandenburg Verfassungsbeschwerde gegen das hiesige Paritätsgesetz eingelegt.

In Thüringen hat das Landesverfassungsgericht das dortige Paritätsgesetz bereits kassiert. An diesem Maßstab wird sich jetzt auch das brandenburgische Gesetz messen lassen müssen. Die unabhängigen Wissenschaftlichen Dienste der Landtage von Thüringen, Berlin und Brandenburg sowie des Bundestages haben im Übrigen bereits lange vor den Gerichten vor einer Verfassungswidrigkeit gewarnt – vergeblich. Man hat sie ignoriert.

JUSTITIA IST BLIND

Daran zeigt sich: Identitätspolitik scheint bisweilen wichtiger als rechtstaatliche Prinzipien. Nachdem das Paritätsgesetz in Thüringen gekippt wurde, beklagten Verfechterinnen und Verfechter des Gesetzes, dass der Verfassungsgerichtshof das Gesetz nicht gegen "Angriffe" der AfD verteidigt habe. Damit offenbaren sie

ein erschreckendes Verständnis von Gewaltenteilung. Verfassungsgerichte sind nicht der verlängerte Arm einer Regierung. Es ist nicht ihre Aufgabe, Gesetze und Regierungsprojekte zu verteidigen.

Wenn der Verfassungsgerichtshof also ein Gesetz für nichtig erklärt, weil es Grundrechte verletzt, so spielt nicht er das Spiel der Populisten, sondern all jene, die überhaupt erst – gegen alle Warnungen und Bedenken – verfassungswidrige Gesetze auf den Weg bringen.

ECHTES EMPORWERMENT STATT 50/50-SCHABLONEN

Doch auch wenn wir das Paritätsgesetz ablehnen, so dürfen wir das Kernproblem nicht ignorieren: Frauen sind in politischen Ämtern und in Parteien unterrepräsentiert. Wer behauptet. dass das bloß ein Ergebnis von Leistungsgerechtigkeit ist, ist auf dem Holzweg. Denn Parteien haben strukturelle Probleme, die politisches Engagement oftmals unattraktiv machen - für Frauen, aber auch für andere Gruppen wie junge Menschen, Nichtakademiker oder Menschen mit Migrationshintergrund. Sie alle sind in unseren Parlamenten und in den Parteien unterrepräsentiert. Das führt dazu, dass oftmals wichtige Perspektiven fehlen. Das merken wir auch bei uns JuLis: Wir haben viele Ideen zur Reform der Juristenausbildung, aber nur wenige Antworten für Azubis. Es ist also immer auch zum Nachteil der Parteien und Parlamente, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht vertreten sind.

Dieses Defizit nun mit einer Quote angehen zu wollen, ist aber der falsche Weg. Denn Quoten reduzieren das Individuum stets auf eine EiMATTI (23) und LAURA (22) haben im Juni gegen das brandenburgische Paritätsgesetz Verfassungsbeschwerde eingelegt. Obwohl sie unterschiedliche Geschlechter haben, sind sie sich in vielen Punkten ähnlich: Sie sind Dorfkinder, streben ihr Staatsexamen an – er das juristische, sie das lehramtsbezogene – und waren in Brandenburg jeweils jüngste Kandidaten bei der Landtags- bzw. Bundestagswahl. Du erreichst sie unter matti@julisbrandenburg und schieritz@julis.de.



genschaft, für das es im Falle von Geschlecht, Alter und Ethnie nicht einmal etwas kann. Es müssen also andere Lösungen her. Die Parteien müssen sich verändern und sich endlich ihrer Verantwortung für die Mitgliederermutigung und -entwicklung bewusstwerden. Denn die Aufgabe von Parteien ist nicht nur, bei Wahlen ein attraktives inhaltliches Programm zu präsentieren, sondern gleichermaßen auch, fähiges und vielfältiges Personal aufzustellen.

Schaffen wir dazu – bei uns JuLis und in der FDP – eine respektvolle und partizipative Atmosphäre, Mentoring-Programme sowie Kampagnen mit Vorbildern aus der gesamten Gesellschaft. Gleichberechtigung braucht echtes Ermutigung statt einer Gesetzesänderung und starre 50/50-Schablonen, die einer offenen und vielfältigen Gesellschaft nicht gerecht werden.

NEUN FRAGEN AN:

JOHANNES VOGEL & KONSTANTIN KUHLE

JOHANNES VOGEL war von 2005 bis 2009 Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Mittlerweile ist er einer der tragenden Kräfte in der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten und bringt liberale Positionen in der Arbeitsmarktund Rentenpolitik voran. Unsere ehemalige Chefredakteurin Anna Neumann hat mit ihm über seine Vergangenheit bei den Jungen Liberalen gesprochen. Im Gespräch mit ihm wurde klar: Auch wenn er durch sein Alter inzwischen nicht mehr Mitglied bei den JuLis sein kann, wird er das im Herzen immer bleiben.

Anna Neumann: Hi Johannes! Du warst von 2005 bis 2009 Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. Was hat dich damals zu den Jungen Liberalen gebracht und was war entscheidend dafür, dass Du Dich so stark bei den JuLis einbringen wolltest?

Johannes Vogel: Vor meinem Eintritt habe ich das Grundsatzprogramm der Jungen Liberalen gelesen. Das Programm hat überzeugt und ich persönlich war von dem Moment an der Auffassung, dass es eine politische Kraft mit einer solchen Ausrichtung in diesem Land geben muss. Schon zu meinen Anfängen bei den Jungen Liberalen habe ich gemerkt, dass man in der Realität wirklich etwas verändern kann. Eine meiner ersten Ideen war die Forde-

rung eines Jugendparlamentes in Wermelskirchen – was dann so auch umgesetzt wurde. Diese Überzeugung, etwas verändern zu können und neue Themen voranzutreiben, hat mich auch als Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen angetrieben.

Welche inhaltlichen Themen standen zu deiner Zeit als Bundesvorsitzender im Vordergrund?

Alle JuLi-Generationen der letzten dreißig Jahre verbindet das Thema Generationengerechtigkeit. Aber natürlich hat jede Generation ihr eigenes Thema, welches sie stärker in der FDP vorantreibt. Bei uns stand die Rückeroberung der Partei der Bürgerrechte im Vordergrund. Mit dem Hintergrund der 90er Jahre, dem großen Lauschangriff, den die FDP mitbeschlossen hatte und dem darauf folgenden Rücktritt der damaligen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, waren wir JuLis der Meinung, dass die FDP die Glaubwürdigkeit beim Thema Bürgerrechte zurückgewinnen muss. Auf einem Bundesparteitag der FDP haben die JuLis dann gegen den Willen der damaligen Parteiführung die Rücknahme des großen Lauschangriffes durchgebracht - ein Meilenstein bei dem Thema. Als die Thematik der Vorratsdatenspeicherung aufkam, habe ich stellvertretend für die JuLis mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben. Die realpolitischen Auswirkungen waren in der kommenden Regierungsbeteiligung von 2009 bis 2013 sichtbar: Mit der FDP gab es keine Vorratsdatenspeicherung oder andere Freiheitsbeschränkungen.

Als ehemaliger Bundesvorsitzender der JuLis: Was ist deiner Meinung nach – egal in welcher Generation – Aufgabe der Jungen Liberalen?

Hier würde ich drei unterschiedliche Dinge nennen. Erstens: Die JuLis entfalten Relevanz dadurch, dass sie konstruktiv kritisch sind. Im Gegensatz zur Jungen Union interpretieren sich die JuLis nicht als willfähriger Ausführer von Themen der Mutterpartei. Auf der anderen Seite führen die JuLis keine unnötigen, vom eigentlichen Diskurs abgekoppelten, De-

batten, wie dies beispielsweise die Jusos tun. Zusätzlich hat es die JuLis immer ausgemacht, für einen ganzheitlichen Liberalismus einzustehen. Wenn die FDP den Liberalismus also verengt hat, war es immer historische Aufgabe der JuLis, die FDP darauf hinzuweisen und für einen ganzheitlichen Liberalismus zu streiten.

Drittens: Die Jungen Liberalen waren und sind immer programmatischer Motor der FDP. Innovationen wie die Verantwortungsgemeinschaft wurden bei den JuLis erdacht und dann in die FDP getragen. Ich bin schon auf die nächsten Innovationen der JuLis gespannt!

Lieber Johannes, vielen Dank für deine Zeit!



Die zwei waren immer mit vollem (Körper-)Einsatz dabei: Oben Konstantin in der APO 2.0 und rechts Johannes vor dem Kanzleramt

Vier Jahre war KONSTANTIN KUHLE Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen. In dieser Funktion zog er 2017 in den Deutschen Bundestag ein. Mit ihm haben wir über die besondere Rolle der JuLis und das Verhältnis zur FDP gesprochen.

Franziska Zimmerer: Konstantin, du bist 2002 zu den JuLis gegangen und warst von 2014 bis 2018 Bundesvorsitzender. Was hat dich damals bewogen, Mitglied zu werden?

Konstantin Kuhle: Ich bin in einem sehr kleinen Dorf aufgewachsen, in dem wir erst 2001 oder 2002 einen Internetzugang bekommen haben. Die FDP war 2002 die Partei, die ihr Programm wahrnehmbar online diskutiert hat. Ich fand diese Diskussionen verständlich und zugänglich. So bin ich dann in die Fänge des liberalen Onlineangebots geraten. Alle FDP-Leute in meiner Gegend waren mindestens 20 Jahre jünger als die Vertreter aller anderen Parteien. Ich wurde sofort zu Veranstaltungen mitgenommen. Gleichzeitig wurde

mir nie das Gefühl gegeben, dass ich aufgrund meines Alters nicht ernst genommen werde. Dieses Gefühl, als junger Mensch respektiert zu werden und die Tatsache, dass ich liberale Programmatik verstehen und durchdringen konnte, hat mich am Anfang zur FDP und zu den JuLis geholt. Die Offenheit der Liberalen hat mich angesprochen.

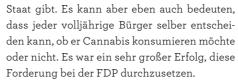
Welche Inhalte waren dir dann später als Bundesvorsitzender besonders wichtig?

Für unser Team, mit dem ich damals Bundesvorsitzender sein durfte, war immer entscheidend, dass wir uns mit Themen beschäftigen, die im tatsächlichen Leben junger



Menschen eine Rolle spielen. Wie sieht das Bildungssystem aus? Wie sind Aufstiegs-Ausbildungsund chancen gestaltet? Gibt es bezahlbaren Wohnraum? Außerdem spielen Internet und Digitalisierung eine besondere Rolle in der Lebensrealität Menschen. junger Ich bin froh, dass ich jetzt auch das Thema Bürgerrech-

te im Bundestag begleiten darf. Für die JuLis bedeutet Bürgerrechte, dass es keine ausufernden Überwachsungsmechanismen durch den



Wenn wir uns die Rolle der JuLis anschauen: Was ist die Aufgabe von Jugendorganisationen, vor allem von den JuLis, in Abgrenzung zur FDP beziehungsweise auch in der Zusammenarbeit?

Für die JuLis ist entscheidend, dass sie sich immer als eigenständiger politischer Akteur verstanden haben. Natürlich können die JuLis nicht zwei Wochen vor einer Bundestagswahl die große innerparteiliche Revolution ausrufen. Das wäre unprofessionell und in solchen Zeiten sind die JuLis der beste Wahlkämpfer für die FDP. Wenn aber gerade keine Kampagnenzeit ist und es darum geht, die FDP weiterzuentwickeln, dann müssen sich die JuLis auch in der Öffentlichkeit bestimmte Punkte setzen. Nicht ohne Grund kann man sich entscheiden, JuLi- oder FDP-Mitglied oder auch beides zu sein. Diese Selbstbestimmtheit hat die JuLis immer ausgezeichnet und führt auch dazu, dass ich mich nach wie vor in dem Verband sehr wohl fühle.

Wie viel Konfrontation ist dafür notwendig?

Wer Konfrontation mit der Partei sucht, dem ist Aufmerksamkeit sicher. Das lernt man schon als JuLi-Kreisvorsitzender. Ein bisschen Konfrontation ist auch gut, weil die JuLis sich einen gewissen Purismus leisten können und

> die FDP daran erinnern müssen, was liberale Grundwerte sind. Das muss dann manchmal auch in Konfrontation münden. Die JuLis sollten nicht zu brav gegenüber der Partei sein, sondern durchaus auf einem BuKo oder vor einem Parteitag mit Thesen an die Öffentlichkeit treten, die vielleicht Unbehagen bei einem FDPler auslösen. Sowas muss dann auf einem Parteitag ausdiskutiert werden. Ist die Aufgabe der JuLis eher die Tagespolitik oder die Grundsatzprogrammatik?

> Beides. Tagespolitische Fragen wie die Rentenpolitik spielen für die JuLis eine ganz wichtige Rolle. Dahinter steckt auch ein grundsätzlicher Wert, nämlich Generationengerech-



tigkeit. Wir erleben, dass die Anknüpfung an die junge Generation bei Sozialdemokraten und CDU/CSU offensichtlich überhaupt keine Rolle für die Politik spielt. Selbst junge Abgeordnete beider Fraktionen stimmen Rentengeschenken zu, die überhaupt nicht finanzierbar sind und von der jungen Generation bezahlt werden müssen. Deswegen müssen die JuLis bei der Tagespolitik immer an den Wert der Generationengerechtigkeit erinnern. Gleichzeitig müssen wir auch Grundsatzdiskussionen führen. Ich finde die gesamte Diskussion über das Wahlalter von 16 Jahren auch eine sehr grundsätzliche Diskussion, bei der die JuLis auch zeigen müssen, wo sie stehen.

Wenn wir uns jetzt die Bundestagswahl nächstes Jahr angucken, welche Aufgabe kommt dann noch auf die JuLis zu?

Wenn es der FDP gut geht, dann ist sie bei jungen Wählern besonders stark. Das haben wir immer bei den erfolgreichen Bundestagswahlen 2009 und 2017 gesehen. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass sich der Anteil an Jungwählern nachteilig auf andere Altersgruppen auswirkt. In den nächsten Jahren wird die Rolle der JuLis sein, die Programmatik und die Gesichter der FDP bei jungen Menschen interessant zu machen. Auch deshalb ist es so wichtig, dass die JuLis in Gremien wie dem Bundesvorstand oder in der Programmkommission vertreten sind und beim Bundesparteitag eine sehr starke Rolle wahrnehmen.

Konstantin Kuhle ist Mitglied des Deutschen Bundestages für Südniedersachsen, innenpolitischer Sprecher der FDP Fraktion und Generalsekretär der FDP Niedersachsen.





teidigen das Streben nach Freiheit nur noch halbherzig in den Debatten oder interessieren sich vielleicht gar nicht dafür, weil sie aufgrund des Versagens von anderen Parteien in Sachen misslungener Digitalisierung oder katastrophaler Bildung zu Liberalen geworden sind. Doch wie viele sind bei den JuLis oder der FDP, weil sie die Freiheit lieben?

Wieso ist eine Rückbesinnung auf die Freiheit aber so wichtig? Friedrich August von Hayek hat das Ganze schon 1944 sehr treffend zusammengefasst: "Freiheit kann nur erhalten werden, wenn sie nicht bloß aus Gründen der Nützlichkeit im Einzelfalle, sondern als Grundprinzip verteidigt wird." Liberale tun der Freiheit keinen Gefallen, wenn sie sich ihr nur halbherzig verschreiben. Man muss sie aus vollem Herzen lieben und verteidigen.

FREIHEIT ALS LEBENSGEFÜHL

Freiheit ist ein Lebensgefühl, das man ausatmen und spüren muss. Eine Liebe zur Selbstbestimmung und radikaler Individualität, bester Bildung und mündigem Kapitalismus. Aber ein freies Leben ist anstrengend. Immanuel Kant schrieb, es sei so bequem, unmündig zu sein, was sich ebenso über ein unfreies Leben sagen lässt. Vielleicht ist das der Grund, weshalb aktuell so wenige von der Freiheit begeistert sind.

Dennoch war sie nie wichtiger. Zwischen den Autokraten in China und Russland, kollektivistischen Populisten von links und rechts, voraussehbaren Debatten und öden Opportunisten findet man keine Stimme der Freiheit. Erst recht nicht im vorpolitischen Raum. Hier aber können Liberale am besten angreifen. Als freiheitliche Stimme der Vernunft. Die an-

deren Wahlmöglichkeiten sind schließlich so

FREIHEIT ALS WÄHLERGARANTIE

Man mag einwenden, niemand wählt uns, weil wir für sowas Abstraktes und im etatistischen Deutschland eh schon Verwirklichtes wie die Freiheit eintreten. Dabei gibt es kein besseres, emotionaleres und populäres Thema als die Freiheit und all die ihr inhärenten wunderschönen Dinge, um die großen Mengen an Individuen (nicht die kollektivistischen Massen!) zu begeistern.

Mit dieser Rückbesinnung könnten wir endlich die eigentlichen FDP-Wähler erreichen. Die mutigen und mündigen Bürger – den klugen Geflüchteten, der nun ein besseres Abitur macht als die meisten Deutschen, den leistungsbereiten Aufsteiger, der sich hocharbeiten möchte und die optimistische Klimaschützerin, die einsieht, dass der Markt am besten den Klimawandel bekämpfen kann. Denn sie alle wollen ein Leben in maximal mündiger Freiheit.

FREIHEIT STATT KLISCHEES

Hinter der Freiheit kann sich jeder versammeln. Sie fragt nicht, wer du bist und woher du kommst, sondern wohin du willst und wie du Dein Leben gestalten möchtest. Wobei ihr das völlig egal ist, solange du nicht die Freiheit der anderen tangierst.

Uns jetzt wieder an die Front der Freiheit zu stellen, befreit uns endgültig von den alten langweiligen Klischees. Liberale als Kämpfer für die Freiheit sind keine Verteidiger öder eingestaubter Gesellschaftszustände, sondern



Dynamisierer der Ordnung. Die Freiheit kennt keine Privilegien und entscheidet nicht nach äußeren Merkmalen, erst recht nicht nach der Einkommensklasse.

Mit wenigen hunderten Wörtern zu erklären, wieso die Freiheit so wichtig für die Liberalen ist, ist natürlich unmöglich. Außerdem können Mill, Hayek und Dahrendorf das sowieso viel besser. Aber die Kernbotschaft soll bleiben: Eine Rückbesinnung auf die Freiheit war noch nie so wichtig.

TORBEN HUNDSDÖRFER (16) besucht die 11. Klasse eines Gymnasiums in Ostwestfalen-Lippe und ist stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Lippe. Neben der Schule studiert er Jura in einem Frühstudium an der Uni Bielefeld. Du erreichst ihn unter torbenhundsdoerfer@julis.de.





EIN EMPATHISCHER DEUTUNGSVERSUCH.

mpathie. Ein kurzes wie großes Wort. So einfach ausgesprochen, so selten vorhanden. Groß und deutlich steht dieses Wort blau auf gelbem Grund, umrahmt vom inzwischen lieb gewonnenen Magenta, im Leitbild der FDP – zwar eher unten, aber gut erkennbar. Nach dem beschämend schmerzvollen wie notwendigen und absolut verdienten Rauswurf der Freien Demokraten aus dem Deutschen Bundestag im Jahr 2013 sollte es die Grundlage unseres neuen Handelns sein. Empathisch, weltoffen, lösungsorientiert – so stand und steht es nicht nur im Leitbild, so sah sich eine neue Generation Freier Demokraten und so sollten uns auch die Wählerinnen und Wähler sehen, um uns schlussendlich 2017 noch eine Chance geben zu können.

Was uns gefehlt hatte und was in 2013 gipfelte, ist das, was man Empathie im Sinne sozialer Verantwortung nennt. Liberalismus ohne gesellschaftliche Verantwortung kann auf Dauer nicht existieren, weil es eine Perversion des Liberalismusbegriffs hin zum reinen Ich, Ich, Ich ist. Liberale sind im besten Falle Individualisten, aber keine Horde von Einzelgängern. Sie tragen gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Sie wollen bestmögliche individuelle Entfaltung für jede/n Einzelne/n in dem Wissen, dass Freiheit dort endet, wo sie die Freiheit eines Anderen beschneidet.

Liberale sind, um alle Spektren abzudecken, laut Hayek die Partei des Lebendigen, die Partei, die für freies Wachstum und spontane Entwicklung eintritt. Lebendig heißt aber auch Empathie und freies Wachstum heißt auch soziale Verantwortung. Und diesen Weg wollten wir nach 2013 konsequent gehen – Freiheit in Verantwortung, mit den Menschen, nicht gegen sie oder gegen Teile von ihnen.

Und tatsächlich fügte sich viel Gutes zusammen – neue und fähige Gesichter engagierten sich vom Ortsvorstand bis zum Präsidium, gerade Christian Lindner absolvierte zwischen 2013 und 2017 ein schier unmenschliches Pensum an Terminen und persönlichen Gesprächen, um unermüdlich für das Comeback des politischen Liberalismus zu werben, wovor ich bis heute allergrößten Respekt habe. German Mut, Innovation Nation, Beta Republik – die Menschen sollten merken, dass hinter neuem Outfit und modernen Sprüchen auch fundierte Inhalte und Menschen standen, die den Liberalismus aus Überzeugung und nicht aus Opportunismus verkörpern. Hierfür standen neben den verbliebenen Landtagsfraktionen in ganz besonderer Weise unsere kommunalen Mandatsträger, die die Fahne hochhielten und denen wir bis heute mehr als dankbar sein müssen, dass sie erfolgreich versucht haben, dem Liberalismus wieder ein anständiges Gesicht vor Ort zu geben.

Nach der Bundestagswahl 2017 war ich persönlich tatsächlich davon überzeugt: 2013 war nicht nur folgerichtig, sondern auch das Beste, was uns passieren konnte. Auch wenn der Weg selbst ein steiniger war. Er war aber geprägt von einem ganz neuen Teamgeist und ganz neuer, weil intensiver inhaltlicher Arbeit.

Auch dem immer wieder und leider immer noch geäußerten Vorwurf der One-Man-Show kann man, bei allen anderen Fehlern, die wir uns seit 2017 wieder geleistet haben, nur mit einem müden Lächeln begegnen. Mir ist pauschale Presseschelte grundsätzlich fremd – hier ist sie aber durchaus angebracht. Denn wenn man eines sehen kann, dann, dass sowohl der Parteivorsitzende als auch seine Mitstreiter insbesondere in der Zeit der Außerparlamentarischen Opposition bemüht waren, die raren Presseanfragen auch an die anderen Mitglieder der Parteispitze weiterzureichen. Dass die Presse zwischen 2013 – 2017 primär den Parteivorsitzenden sehen wollte oder sonst niemanden, war zwar menschlich verständlich, zeigt aber auch, wie heuchlerisch der Vorwurf der One-Man-Show war und auch bis heute ist.

Doch mit der Freude über die zweite Chance, die uns die Wählerinnen und Wähler 2017 gegeben hatten, begann gleichzeitig eine Reihe von unnötigen Fehlern, die alle der Kategorie "mangelnde Empathie" zuzuordnen sind. Schon der Abbruch der Jamaika-Verhandlungen war inhaltlich folgerichtig, wie so vieles inhaltlich richtig war, aber in der Kommunikation von dermaßen emotionaler Kälte, dass es das geneigte Mitglied vor dem Fernseher erschaudern ließ – ein Ausstieg mitten in der kalten Nacht, kühl vorgelesen von einem Zettel, klingend wie ein emotionslos vorbereitetes Pressestatement zu einer x-beliebigen Regierungserklärung, neben sich bereits der Rollkoffer – man ahnte nichts Gutes für die nächsten Wochen. Und ärgerte sich, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Chance vertan war, den Menschen ein an den eigenen Inhalten orientiertes und damit politisch aufrichtiges Vorgehen auch emotional zu verkaufen.

Ich habe mich in diesem Artikel so sehr auf die Empathie konzentriert, da es zig Abhandlungen über unsere inhaltliche Arbeit gibt, von der ich in ihrer Gesamtheit nach wie vor überzeugt bin. Wir haben tolle Fachpolitiker, tolle JuLis, tolle Nachwuchskräfte. Der jungliberale Abgeordnete Lukas Köhler, der das so wichtige Feld der Klimapolitik bearbeitet, die als liberale Version so zukunftsgerichtet ist, sagte richtigerweise: "Wir müssen in der Kommunikation unseres sehr ambitionierten Klimakonzepts besser werden." Es sei nach außen "nicht deutlich genug geworden,



dass der Kern unseres Konzepts die Verringerung des CO₂-Ausstoßes ist". Köhler befand: "Das besser rüberzubringen, ist eine Aufgabe, die sich an alle in der FDP richtet – an den Parteivorsitzenden wie auch an mich." Zusammengefasst kann man sagen: Wir haben ein tolles Angebot – aber ohne Empathie ist jeder Inhalt nichts. Dies zu transportieren, ist unsere Aufgabe. Insbesondere uns, der JuLis, als programmatische Avantgarde der Partei. Dass einige von ihnen aggressiven Protest-Libertarismus als eine erfolgreiche Strategie ausgemacht zu haben, scheinen und es tatsächlich Spitzenpolitiker gibt, die diesen Krawallmachern in der Heimeligkeit ihrer Kinderzimmer auch noch ein Forum bieten: Geschenkt. Sie sind irrelevant und werden hoffentlich in dem Moment erwachsen, wenn sie selbst Geld verdienen müssen. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Handvoll randalierender Twitter-JuLis die Arbeit tausender großartiger Mitglieder zunichte macht.

Mehr Freiheit, weniger Zwang und ein Bewusstsein dafür, dass wir der Zukunft nicht ausgeliefert sind: Liberale sind überzeugt, dass die beste Politik darin besteht, möglichst wenig Politik zu haben. Dazu gehört aber auch, auf die Menschen zuzugehen und auf die Menschen zu hören.

Die neuesten Vorgänge rund um die Kommunikation der Veränderung der Parteispitze haben gezeigt, was passiert, wenn Empathie wieder einmal hintenangestellt wird. In der Sache durchaus richtig und logisch – wirtschaftliche Stärkung verbunden mit sozialpolitischem Verständnis – in der Vorbereitung und Durchführung eine Zumutung. Wieder einmal wurde die Chance vertan, den Menschen zu zeigen, was Liberale wissen: eine starke Wirtschaftspolitik bedingt eine kluge Sozialpolitik. Und zwar zu gleichen Teilen.

Wochenlang werden wir uns jetzt wieder rechtfertigen müssen. Es ist hoffentlich das letzte Mal auf dem Weg zum neuesten Neustart. Es muss ja nicht immer Pathos sein, der im Wort Empathie steckt. Aber etwas Menschlichkeit darf es dann doch sein. Gerade bei Liberalen. Denn wenn wir den Weg ohne Empathie weitergehen, den wir gerade beschreiten, werden wir 2021 ein neues 2013 erleben. Dann wird es aber 2025 wahrscheinlich kein 2017 mehr geben. Das gilt es unbedingt zu vermeiden. Mit Zuhören, Empathie und einem roten Faden, der uns bisher in der programmatischen Kommunikation fehlte und mit dem wir unsere Inhalte den Menschen vermitteln können. Ich bin optimistisch, dass wir es schaffen werden.



CORD C. SCHULZ (33) ist langjähriges aktives Mitglied der JuLis und arbeitet im Bundestag. Du erreichst ihn unter *cord.* schulz@julis.de.

ZURÜCK ZU UNSEREN WURZELN - VORWÄRTS NEUE WURZELN SCHLAGEN!

Nur wer sich der eigenen theoretischen Grundlagen bewusst ist und diese stetig und konsequent weiterentwickelt, kann andere Menschen nachhaltig von der liberalen Sache überzeugen. Um dies zu erreichen, sind wir auf die Hochschulen und einen echten akademischen Diskurs angewiesen.

»Warum verschwendest Du Deine Zeit eigentlich auf die Hochschulpolitik? Die ist doch so links und vollkommen verloren. da kannst Du eh nix mehr ausrichten. Konzentrier Dich mal auf Dein Engagement bei den Ju-Lis, da kannst Du auch konkret etwas bewirken!« Nicht nur einmal habe ich solche Sätze gehört, und nicht nur einmal habe ich müde gelächelt. Ja, das hochschulpolitische Spektrum ist meist sehr einseitig und die Konkurrenz lässt sich nur ausgesprochen selten von liberalen Inhalten überzeugen. Und ja, ich mag die konkrete programmatische Arbeit der Ju-Lis, deswegen mache ich schließlich Gesundheitspolitik. Aber ich behaupte, dass wir es uns zu einfach machen, wenn wir sagen, gute programmatische Arbeit mit ansprechender Vermarktung reiche aus. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Krisenfestigkeit des Liberalismus untrennbar mit einer kontinuierlichen Reflexion seiner theoretischen Grundlagen verbunden ist. Kein Ort ist dafür besser geeignet als unsere Hochschulen. Wollen wir in 40 Jahren erneut ein Jubiläum feiern, müssen wir es schaffen, den Liberalismus wieder im akademischen Diskurs zu verankern.

MÜSSEN WIR UNS ENTSCHEIDEN ZWISCHEN THEORIE UND PRAXIS?

Dies soll kein Plädoyer dafür werden, die Tages- und Realpolitik zu vernachlässigen; diese wird sogar erst durch die Einbettung in auf theoretischen Konzepten basierenden Prinzipien wirklich erfolgreich. Werfen wir einen Blick auf die politische Konkurrenz, egal ob organisiert oder Graswurzelbewegung, so stellen wir fest, dass Neumitgliedern häufig keinerlei Berührungsängste mit dem intellektuellen Kapital ihrer Strömung vorgelebt werden. Im Gegenteil, sie werden aktiv ermutigt, sich mit der Ma-

terie kritisch auseinanderzusetzen und sie mit den alten Hasen zu diskutieren. Es bilden sich Lesezirkel, teilweise sogar abgestuft nach Vorwissen, um ein möglichst niedrigschwelliges Angebot der Auseinandersetzung und des intellektuellen Einstiegs zu schaffen. Zum einen werden bereits vorhandene Überzeugungen damit zementiert, weil sie argumentativ unterfüttert und gegenüber Dritten leichter begründet werden, zum anderen werden rein emotionale Gründe hinterfragt, angepasst oder verworfen. Die Perspektive des jeweiligen Autors zwingt den Lesenden zum Abgleich mit dem eigenen Prinzipienkonstrukt und je mehr verschiedene Blickwinkel man so einnimmt, desto besser erkennt man seinen eigenen Standpunkt, desto folgerichtiger sind die abgeleiteten politischen Forderungen. Auch wir müssen - über bestehende sinnvolle und wichtige Ansätze hinaus - theoretisches Wissen und seine Reflexion in die Breite der Mitgliedschaft streuen.

LIBERALISMUS BLEIBT DURCH UNS LEBENDIG

Damit dies aber im Unterschied beispielsweise zu totalitären und toten Ideologien wie dem Marxismus nicht darauf beschränkt bleibt, die zweifellos grundlegenden klassischen Autoren des Liberalismus auszulegen, muss die Theoriearbeit lebendig bleiben. Stillstand und Lethargie sind dem Liberalismus fremd. Das gleiche gilt für liberale Theorie: Wettbewerb ist eines seiner zentralen Merkmale, Vielfalt im Denken ermöglicht Pluralismus und individuelle Freiheit. Und wo ist freies Denken besser aufgehoben als an unseren Universitäten, wo ein lebendiges und offenes Nachdenken über den Liberalismus außerdem attraktiv und langfristig prägend auf Studierende und wissenschaftliches Personal wirken kann?

Damit unsere Universitäten aber Orte der zunehmend unter Beschuss geratenden Forschungs- und Meinungsfreiheit bleiben, ist es unerlässlich, dass wir uns dort für die Erhaltung und Weiterentwicklung eines Umfelds des offenen Diskurses ohne Denkverbote engagieren und zudem aktiv - auch publizistisch an den Debatten der Zukunft beteiligen und diese nicht Linken und Kollektivisten überlassen. Hochschulen werden sonst schnell als politische Laboratorien des Kollektivismus zu Mustern, nach denen bald unser gesamtes politisches Gemeinwesen geformt wird. Stattdessen müssen wir in die Offensive gehen und den elementaren Wert individueller Freiheit herausstellen, seine Begründung und praktische Durchsetzung argumentativ absichern.

Davon profitiert dann ferner zwangsläufig die konkrete Tages- und Realpolitik, die sich gleichsam auf eine liberale Verwurzelung auch im intellektuellen Milieu und auf kohärente Prinzipien liberaler Theorie stützen kann. Gerade im herausfordernden 21. Jahrhundert gehen Theorie und Praxis Hand in Hand und sind aufeinander angewiesen. Daher lasst uns Hand in Hand über Organisationsgrenzen hinweg unsere Grundlagen (wieder)entdecken, hinterfragen und neuerschaffen, denn Zukunft schreibt sich nicht von allein.



TABEA GANDELHEIDT (22) leitet den Bundesarbeitskreis Gesundheit und Innovation und ist Bundesvorsit-

zende der Liberalen Hochschulgruppen. Sie gratuliert gemeinsam mit dem gesamten Bundesvorstand (bestehend aus Kilian Kempe, Moritz Harrer, Gerrit Herrmann, Daniel Bitter, Felix Häring sowie Tabea Lara Schnütgen) den Jungen Liberalen herzlich zum 40. Geburtstag! Du erreichst Tabea unter gandelheidt@julis.de.

MIGRATION IST DIE MUTTER ALLER VIELFALT



eutschland ist ein Einwanderungsland. Dafür hat die Einwanderung von Fachkräften, Gastarbeitern, Spätaussiedlern, Flüchtlingen, Studierenden sowie die Zuwanderung und Rückkehr von Juden aus Israel und anderen Ländern gesorgt. Nicht nur das – Deutschland ist geprägt von einer langen Geschichte religiöser und ethnischer Vielfalt. Deshalb, lieber Herr Seehofer, ist Migration nicht die Mutter aller Probleme, sondern vielmehr die Mutter aller Vielfalt und des Wachstums unserer Gesellschaft.

VON JUDEN BIS ZUR MODERNEN EINWANDERUNG

Juden leben in Deutschland schon seit der Antike, Sinti und Roma seit dem Mittelalter, Hugenotten seit dem Zeitalter der Aufklärung und koloniale Migranten seit dem Imperialismus während des Kaiserreiches. So lebten 1905, vor der modernen Einwanderung, schon mehr als eine Millionen Ausländer in Deutschland. Für all diese wurde es ihre Heimat. Doch fühlt es sich auch wie Heimat an?

FEHLT'S UNS NOCH AN MIGRANTEN?

Inzwischen hat jeder vierte Mensch in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das zeigt sich auch an den 1,2 Millionen Selbstständigen mit Migrationshintergrund und über 700.000 Unternehmen, Restaurants und Läden, die von Migranten gegründet wurden. Hierzu zählen nicht nur Dönerbuden, Shisha-Bars, Wettbüros und Pizzerias, sondern auch Impfstoff-Produzenten, Start-ups und etliche Mittelständler. Sie alle sind eine Bereicherung für unsere Wirtschaft und Kultur. Doch das reicht noch nicht. Für die CDU/CSU ist jeder Migrant zunächst eine Bedrohung, bis er assimiliert ist, während er für Die Linke auf die Rolle eines Hilfesuchenden reduziert wird. Die Realität ist vielfältiger. Wir wollen erreichen, dass die liberale Familie dieses Thema realitätsnah kommuniziert. Ansonsten macht das niemand.

LIBERALE MIGRANTEN MACHEN JETZT POLITIK!

Die Auseinandersetzung mit unserer multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft ist mit Konflikten behaftet. Dabei tragen politische Ränder und internationale Akteure zu einer Polarisierung der Debatte bei. Viele Deutsche mit Migrationshintergrund fühlen sich und ihre Stimme in diesen politischen Debatten nicht ausreichend repräsentiert und wahrgenommen. Eine Brücke zu den Parteien besteht oft nicht. Deshalb haben wir uns zusammengeschlossen und die Liberale Vielfalt ins Leben gerufen. Wir sind JuLis, FDPler und unabhängige liberale Freidenker, viele mit Migrationshintergrund, und uns eint eine gemeinsame Vision: Eine bessere Heimat.

Wir sind #Brückenbauer zwischen dem organisierten Liberalismus und den verschiedenen Migrantenselbstorganisationen.

Wir sind #PlattformSchaffer für die Liberalen unter uns mit Migrationshintergrund, jüdischem Glauben oder Spätaussiedler-Hintergrund zur Selbstrepräsentation und Diskussion.

Wir verwirklichen den #GermanDream und ermöglichen diesen Personen die Teilhabe am politischen Prozess.

KANACKEN UND CO. UNTER SICH?

Jeder, der zu unseren Zielen beitragen will und dem der Liberalismus gefällt, ist bei uns willkommen und kann Mitglied werden. Ein Migrationshintergrund ist keine Voraussetzung, genauso wenig wie eine JuLioder FDP-Mitgliedschaft. Wir sind zurzeit in der Aufbauphase. Nach dem Bundesverband haben sich bereits zwei Landesverbände gegründet und einige Abgeordnete sind schon Mitglieder. Wir arbeiten zurzeit an unseren ersten Veranstaltungen und Podcasts. Um Updates dazu und zu unserem Grundsatzprogramm zu erhalten, folgt uns auf Instagram und Facebook.

WIR BRAUCHEN DICH!

Wenn Du Dich mit uns für die genannten Ziele einsetzen willst, Lust hast am Mondfahrtprojekt des Aufbaus einer liberalen Migrantenselbstorganisation mitzuwirken, dann schreib uns und werde Mitglied. Du erreichst uns unter info@liberalevielfalt.de.



DENIS ANWAR (23) studiert im Master International Political Economy am King's College London. **ROBERT DEHGHAN** (24) studiert im Master Ma-

nagement an der Universität Mannheim und hat ein Start-up im Bereich der Nachhaltigkeit gegründet. Beide sind Mitbegründer und im Bundesvorstand der Liberalen Vielfalt und verantworten dort die Programmatik. Du erreichst sie unter anwar@liberalevielfalt.de und dehghan@liberalevielfalt.de.

MEHR LIBERALE DEMOKRATIE-POLITIK WAGEN

POLITISCHES ENGAGEMENT ERFORDERT COURAGE UND DURCHHALTEVERMÖGEN

edenfalls war eine meiner ersten Erfahrungen, dass das Engagement junger Menschen nicht von allen gleich geschätzt wird. Zu Beginn der 1980er Jahre tobte in Deutschland die Debatte um die Notwendigkeit der NATO-Nachrüstung. Obwohl der damalige CDU-Kultusminister und spätere DFB-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder drohte, auf Streiks mit Schulverweisen zu reagieren, demonstrierten und streikten wir. Ich hatte dabei das FDP-Wahlplakat "Freiheit braucht Mut" im Kopf. Obwohl ich gegen die von der FDP in der Bundesregierung mitgetragene NATO-Nachrüstung auf die Straße ging, fand ich gut, dass die FDP sich öffentlich wahrnehmbar für das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit einsetzte.

DIE MAXIME UNSERES HANDELNS WAR: KRITIK ALLEIN REICHT NICHT. MAN MUSS ES BESSER MACHEN.

Als Jugendlicher sammelte ich Unterschriften für ein Bürgerbegehren, das Jahre später im zweiten Anlauf zustande kam und in einem Bürgerentscheid mit dem klaren Votum für eine Umgehungsstraße mündete. Diese Horber Hochbrücke ist jetzt im Bau.

Demokratie ist die Herrschaft der Mehreren. Die vielen Einzelnen, die notwendig sind, um Mehrheiten zu erzielen, sind schwer zu erreichen und noch schwerer zu mobilisieren. In allen politischen Mandaten, ob als direkt gewählter OB, als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker oder als Abgeordneter im Land- und Bundestag und im Europaparlament war und ist es mir wichtig, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen beteiligen. Die Teilhabe möglichst breiter Teile des demos, des Staatsvolks, sollte der FDP ein besonderes Anliegen sein.

Als das Grundsatzprogramm "Karlsruher Freiheitsthesen" erarbeitet wurde, gab es hierzu eine eigene Arbeitsgruppe unter meiner Leitung. Bedauerlicherweise entschied die Partei später, dieses Kapitel nicht ins Grundsatzprogramm aufzunehmen - das ist leider symptomatisch. Die FDP muss dringend einen größeren Fokus auf Demokratiepolitik legen.

Dazu gehört natürlich auch, dass eben auch junge Menschen stärker miteinbezogen werden. Doch darauf ist die Thematik nicht beschränkt. Beim 69. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokraten 2018 habe ich beispielsweise gemeinsam mit anderen den Antrag "Die streitbare liberale Demokratie stärken: Unsere Agenda für Erneuerung in 12 Thesen" gestellt, der auf Platz 3 gemüllert, aber leider nicht behandelt wurde.

Die zwölf Thesen, maßgeblich formuliert von Dr. Christopher Gohl und im Antrag ausführlich erläutert, lauteten wie folgt:

1. Antiliberale Kräfte des Rückschritts bedrohen die liberale Demokratie von innen und außen;

- 2. Die rechten und linken Angebote des Rückschritts erscheinen besonders dort attraktiv, wo der liberale Fortschritt ausbleibt;
- 3. Der Aufstieg neuer populistischer und autoritärer Parteien folgt auch einem weit verbreiteten, anspruchslosen Demokratieverständnis, das wie Mehltau über unserer Republik liegt:
- 4. Liberale Demokratiepolitik dient der Kontrolle über das eigene Leben;
- 5. Wir wollen die weltbeste politische Bildung für unsere lernende Demokratie:
- 6. Vorankommen durch eigene Leistung: Liberale Engagementpolitik eröffnet Chancen, einen Unterschied für das Gemeinwohl zu machen:
- 7. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen braucht Meinungs- und Pressefreiheit;
- 8. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen braucht liberale Streitkultur;
- 9. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen braucht vielfältige Bürgerbeteiligung;
- 10. Zur Selbstbestimmung in allen Lebenslagen gehören auch klug geordnete Formen direkter Demokratie;
- 11. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt Stärkung der parlamentarischen Demokratie.
- 12. Patriotismus heißt, den liberalen Grundkonsens als Leitstern unserer Republik zu verteidigen.

Schon an diesen Thesen in ihrer Überschriftsform wird deutlich, wie umfangreich und vielfältig das Thema Demokratiepolitik ist, wenn man es ernsthaft betreiben möchte. Ich wünsche mir eine FDP, die auf allen Ebenen engagiert über die Zukunft von Demokratie und freiheitlich-demokratischer Grundordnung dis-



kutiert und dabei nicht bei Fragen des Wahlrechts stehen bleibt, sondern die gesamte Gesellschaft in den Blick nimmt. Die JuLis sind hier natürlich als Thinktank, als Ideenwerkstatt und Fortschrittstreiber besonders gefordert.

FRIENDLY FIRE

Ich wurde gebeten, in diesem Beitrag zu drei Beschlüssen, die alle mit Demokratiepolitik und der Organisation von Teilhabe zu tun haben, gesondert Stellung zu nehmen.

Zunächst die Beschlusslage zum Thema Wahlrecht. Das Alter für das aktive Wahlrecht auf 16 zu senken, ist sicherlich Geschmackssache und kann grundsätzlich ohne große Folgeprobleme durchgeführt werden - wobei unstrittig sein dürfte, dass es irgendeine Altersgrenze geben muss, so würde ein Familienrecht die Gleichheit der Wahl verletzen und folglich auch von den JuLis abgelehnt werden. Die bisherige Orientierung am Alter der Volljährigkeit ist naheliegend, aber nicht zwingend. Bei der Forderung nach der völligen Abschaffung der Altersgrenzen für die passive Wahl gibt es hingegen erhebliche Probleme. Denn die Möglichkeit zu eröffnen, dass jemand in ein Amt gewählt wird, der selbst für Amtsmissbrauch. Korruption oder ähnliches nicht rechtlich zu belangen wäre, ist eine höchst problematische Idee. (In-)konsequenterweise fordern ja auch weiterhin viele Gliederungen der Jungen Liberalen ein Mindestalter von 18 Jahren für Vorsitzende oder Schatzmeister.

Auf den ersten Blick spannend erscheint mir der Vorschlag, die Listenreihenfolge für überregionale Wahlen veränderbar zu gestalten, also das sogenannte Panaschieren wie bei vielen Kommunalwahlen zu ermöglichen. Andere europäische Länder kennen dieses System, etwa Dänemark mit Vorzugsstimmen bei der Europawahl. Je größer dabei allerdings der Wahlbezirk ist, desto schwieriger wird es für Kandidierenden, sich zu profilieren. Asymmetrien sind fast zwangsläufig. Bekanntheitsgrad und Kampagnenfähigkeit entscheiden dann.

Den Interessen der JuLis dürfte das übrigens

nicht entgegenkommen: Eine direkte Personenwahl führt dazu, dass junge Kandidaten mangels Bekanntheit kaum mehr eine Chance haben. Schon heute wird etwa beim badenwürttembergischen Einstimmenwahlrecht, bei dem gleichzeitig Person und Partei gewählt werden, bemängelt, dass es dazu führt, dass Platzhirsche dominieren.

Darüber hinaus ist ein solches Wahlrecht in hohem Maße strukturkonservativ: Wenn bisher wenige Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund in gewählten Positionen sind, wird sich dies recht wahrscheinlich nicht ändern. Das liegt daran, dass amtierende Abgeordnete einen großen Vorsprung haben, was ihre Bekanntheit angeht. Einer Partei fällt es leichter, bei der Aufstellung auch bisher weniger bekannte Talente zu berücksichtigen.

Zum Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk den ich übrigens für die demokratische Kultur weiterhin wichtig finde - ist die Forderung nach einer Fokussierung auf die Kernaufgaben richtig und sinnvoll. Weniger sinnvoll erscheint mir die Forderung eines Umstiegs auf eine Finanzierung aus dem Bundeshaushalt. Damit würde der ÖRR in seiner Finanzierung vollständig vom Wohlwollen der aktuellen Bundesregierung abhängig, er würde zum Staatsfern-Auch die Abschaffung sehen. Länderanstalten und Regionalsender sehe ich äußerst kritisch: Man kann nicht gleichzeitig einen Fokus auf politische Berichterstattung fordern und die Berichterstattung über Landespolitik und regionale Angelegenheiten abschaffen.

Den kürzlich gefassten Beschluss, Minijobs auf den Unterhalt Minderjähriger nicht anzurechnen, begrüße ich hingegen. Junge Menschen sollten früh daran gewöhnt werden, auch beruflich nach Möglichkeit für sich selbst Verantwortung zu übernehmen: Auch das ist Teilhabe.

MICHAEL THEURER ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

und ganz im Sinne der "Mitmachpartei" würde er sich sehr über eine Fortführung des Diskurses und Rückmeldungen zu diesem Beitrag freuen. Ihr erreicht ihn unter michael.theurer@bundestag.de.



ie Jung- und Erstwähler*innen waren für die Freien Demokraten auf dem Weg des Wiedereinzuges in die Parlamente der Republik eine sichere Bank. So hievte unsere Generation beispielsweise die FDP in Bayern in den Landtag oder, um es härter zu formulieren: Ohne die Stimmen unserer Generation hätte manch ein Spitzenkandidat - da es nur Männer waren, wird gendern an der Stelle obsolet - das Champagnerkorkenknallen gegen Trübsal Blasen eintauschen müssen. Doch welches Verhältnis zwischen JuLis und FDP ist heute angemessen, um die FDP in Zukunft in die Lage zu versetzen, die junge Generation weiterhin zu erreichen?

"Die JuLis sind der Stachel im Fleisch der Freien Demokraten." Dieser wohlbekannte Satz soll das Selbstverständnis einer Jugendorganisation im Umgang mit ihrer Mutterpartei ausdrücken. Wer bei den Jungen Liberalen für ein Amt kandidiert, sollte das Bild des "Stacheligen" mit möglichst viel Pathos bedienen, um auf jeden Fall lauten Applaus zu ergattern. Wenn Sätze wie "Wir müssen der FDP öffentlich laut widersprechen, wenn sie Entscheidungen trifft, die unserer Beschlusslage zuwiderlaufen." fallen, dann hallt Applaus durch den Veranstaltungsraum. "Stachelig" und für manche auch erfolgreich, sind die Ju-Lis folglich dann, wenn sie ihre Inhalte gegen bestimmte FDPler*innen öffentlich positioniert haben. Doch ist es naturgemäß nicht so, dass etwas, das stachelig ist, unangenehm ist? Will man Unangenehmes, also den Stachel im Fleisch, nicht irgendwann doch loswerden? Ist es nicht Zeit, das "Stachel-Narrativ" durch eine kluge strategische Beziehung zu ersetzen? Ja, dem ist so und deshalb sollten die Verantwortlichen in unserem Verband mehr Lobbyismus wagen. Als JuLis sind wir der Motor der Freien Demokraten, wir bringen unsere Kraft, unsere Energie, unsere Themen ein, gleichwohl sehen wir uns als Teil des Ganzen und wollen unser zentrales Anliegen "Mehr Freiheit" nach vorne bringen.

WIR SIND JUNG, DIE FDP IST ALT, EINE TYPISCHE FAMILIE?

Wir müssen nüchtern konstatieren, dass die Freien Demokraten – und das gilt insbesondere für solche Landesverbände, die durch ländliche Räume geprägt sind, überaltert sind. In meinem Landesverband sind beispielsweise knapp 50 Prozent der Mitglieder über 50 Jahre alt. Junge Menschen – und damit meine ich jetzt mal diejenigen, die maximal 40 Jahre jung

sind – sind eine Minderheit. Diejenigen, die im JuLi-Alter sind, wären die Minderheit einer Minderheit. Mitglieder, auf welche die Attribuierung "Erstwähler*innen" zutrifft, sind leider die Minderheit einer Minderheit einer Minderheit bei den Freien Demokraten. Daraus folgt, dass wir nicht die demokratische Mehrheit in der Partei darstellen. Deshalb brauch es eine kluge Strategie, um unsere Interessen an den Schlüsselstellen durchzusetzen. Den Generationenkonflikt, den es quasi in jeder Familie gibt, den gibt es auch zwischen FDP und Jungen Liberalen. Dieser muss für sich genommen auch nicht per se ein Problem, sondern kann je nach Umgang auch ein Gewinn sein.

LOBBYIST*INNEN FÜR EINE GANZE GENERATION

"Interessenvertretung bedeutet, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen und ihre Verbände politische Entscheidungen über Regelungen oder die Verteilung von Ressourcen zu ihren Gunsten beeinflussen wollen." - so definiert die Bundeszentrale für politische Bildung Lobbyismus. Wir Junge Liberale, die Positionen innehaben, sind nichts anderes als das: Lobbyist*innen für die Interessen einer ganzen Generation. Warum Lobbying als Begriff oder Praxis für unsere Arbeit angemessen ist, soll folgendes Beispiel zeigen: Wir JuLis streiten schon länger für eine umfassende Reform der EU-Agrarsubventionen. Unsere Maximalposition ist die komplette Streichung der ersten Säule. Wir sehen nämlich deutlich, dass die EU mit den dort verplanten Milliarden mehr Erasmus und mehr für europäische Spitzenforschung und somit auch mehr für die junge Generation tun könnte. Nun kann man diese Maximalposition versuchen durchzusetzen. indem man vor dem Parteitag eine öffentlichkeitswirksame Presseaktion startet. Dann lässt man den Antrag von einem prominenten Redner der FDP begründen. Zur Gegenrede tritt dann ein Landwirtschaftsminister und Abgeordnete des Bundestages mit geballter Macht auf. Und was passiert? Der Antrag wird deutlich abgelehnt. Wir waren stachelig. Jede und jeder in der FDP - und auch die Presse - kennen nun unsere Positionierung. Trotzdem ist der Beschluss der FDP ein anderer; präziser ausgedrückt müsste man aber eigentlich sagen: Das war die Positionierung der FDP bis zur Aufstellung des Europawahlprogramms. Was passierte? Die Strategie war nun eine andere. Der Bundes- und ein Landesvorstand arbeiteten von nun an eng zusammen. Man nutze das gute Vertrauensverhältnis zum einzigen Landwirtschaftsminister und schnürte im "Hinterzimmer" einen klugen Kompromiss. Plötzlich lautet die Beschlusslage der FDP fortan: "Zusätzlich zur infrastrukturellen Förderung ländlicher Räume wollen wir die landwirtschaftlichen Betriebe dabei unterstützen, schrittweise unabhängig von Fördermitteln zu werden. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, ihnen Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg (...) zu ermöglichen." Das Vorgehen war zwar nicht stachelig, aber erfolgreich. Das Beispiel zeigt, dass Bundes- und Landesebene enger verzahnt sein müssen. Ziel muss es sein, zu denjenigen FDPler*innen, die Regierungsverantwortung tragen und diejenigen, die Einfluss in der Partei haben, enge und belastbare Beziehungen zu führen, die durch Vertrauen geprägt sind. Wenn man sich vertraut, kann man intern konstruktiv und auch insbesondere kritisch, Kompromisse erarbeiten und die öffentlich als gemeinsamen Erfolg verkaufen. Denn wenn wir ehrlich sind, wissen wir, dass am Ende nicht die Jungen Liberalen auf dem Wahlzettel stehen, sondern die Freien Demokraten. Das Motto muss also lauten: Lieber klug lobbyieren als öffentlich streiten.

JULIS - DIE TREND-SCOUTS DER FDP

Ist man JuLi in einem ländlichen Landesverband, der durch Dorfgemeinschaften und Lokalpatriotismus sowie starke Vereinsstrukturen geprägt ist, weiß man, dass sich eine langfristige Verankerung im politischen Betrieb nur dann einstellt, wenn man den vorpolitischen Raum nicht mehr missachtet. Wir müssen als JuLis den vorpolitischen Raum für die Idee des "Humanistischen Liberalismus" begeistern. Also rein in die Vereine. Hin zu den Jugendfeuerwehren. Ab in den Dialog mit den Jungen Gruppen der Gewerkschaft der Polizei. Und machen wir uns insbesondere auch auf den Weg, die Kreativwirtschaft und Künstlerszene nicht mehr nur der politischen Linken zu überlassen. Für all das sind viele Verbände der FDP zu träge. Aber wer, wenn nicht wir, ist agil und modern genug, um Anschluss zu finden. Ich weiß, dass die Gewinnung dieses vorpolitischen Raumes kein Sprint wird, sondern vielmehr ein zäher Marathon. Aber wenn wir mit einem guten Schlachtplan im Team loslaufen, kommen wir auch ans Ziel.

Zum vorpolitischen Raum gehören auch die Kommunalparlamente und Vertretungen vor Ort. Die FDP hatte mal den Spirit: Alle Wahlkämpfe sind Wahlkämpfe der Gesamtpartei. Seien wir Vorbilder und erneuern dieses Versprechen, indem wir es auf die Kommunalwahlkämpfe ausweiten. Treffen wir uns nicht nur untereinander, sondern mit anderen. Wer nur von rund 10 Prozent der Menschen gewählt wird, hat die Chance noch weitere 90 Prozent zu begeistern: Challenge accepted, muss unsere Devise sein.

WIR SIND DIE SCHATTEN-GENERALSEKRETÄRE

Wir leben und lieben unsere langen inhaltlichen Beratungen. Wir kämpfen stets um unsere Themen auf den Parteitagen der FDP. Doch Parteiarbeit lebt auch von kluger Organisation. Politik ist ein Geschäft der Symbole und Bilder. Also müssen wir an die Produktionsstätten der Bilder und Symbole. JuLis sollten noch mehr den Mut haben, zentrale Organisationsprozesse zu übernehmen und zu verantworten. Sorgen wir dafür, dass Junge Liberale in den Geschäftsstellen arbeiten und dann vor allem Öffentlichkeitsarbeit und Social Media übernehmen. Denn es gibt nur eine Kraft im Umfeld der FDP, welche die Werte des Leitbildes, das uns stark macht, aufrichtig lebt: Die JuLis. Also seien wir so mutig und übernehmen Schlüsselpositionen in der Organisation der Freien Demokraten. Die JuLis müssen den Anspruch haben, zu Generalsekretären zu avancieren.

Die FDP braucht uns!



LUCA LICHTENTHÄLER (22) ist Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Rheinland-Pfalz und studiert

Lehramt in Koblenz. Du erreichst ihn unter *luca*. *lichtenthaeler@julis.de*.

"KANN SPUREN VON NACHHALTIGKEIT ENTHALTEN?!"

5 SCHRITTE ZUR SMARTEN LIBERALEN UMWELTPOLITIK

an hat es als JuLi mit der Umweltpolitik als Herzensthema nicht immer einfach: "Wir sind nicht die Grünen." ist die beliebteste strategische Maßgabe von FDP-Stammtischlern. Im nicht-politischen Freundeskreis hingegen zuckt eine Augenbraue gern einmal schnell in die Höhe, wenn ich über Ideen gegen Plastikverschmutzung in den Meeren, bessere Bedingungen in Zoos oder Ökologie im Bausektor rede. "Du bist aber schon noch in der FDP, oder?", heißt es dann.

Bei der Analyse der Europawahl, einer an diesem Tag ohnehin nicht in höchstem Maße angenehmen Veranstaltung, wiesen null Prozent der WählerInnen der FDP ein besonderes Kompetenzfeld im Bereich Umweltpolitik nach. Eine üble Ohrfeige, die bei keiner weiteren Wahlanalyse mehr vorkommen darf. Aus meiner Sicht braucht es fünf Säulen zur Etablierung der Nachhaltigkeit als authentisches Fundament des politischen Liberalismus und einen Funken Geduld. Und eines noch vorweg: Ich möchte keinen FDP-Politiker mehr sehen, der eigene Versäumnisse im Bereich der Umweltpolitik mit der Ausrede, Hans-Dietrich Genscher habe in den 70er Jahren den Bereich Umweltpolitik als Innenminister etabliert ("Der erste Umweltminister war von der FDP."), versucht zu rechtfertigen. Nette Anekdote, hilft aber mit Blick auf die Zukunft nichts.

NACHHALTIGKEIT ALS SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Bei jedem Thema sollten aus meiner Sicht immer drei Dinge beachtet werden:

- 1. Was kostet uns diese Maßnahme? Dieser Aspekt ist gerade uns JuLis bereits in Fleisch und Blut übergegangen. Wir gruseln uns bei dem Wort Subvention. Jedoch sollte auch dies nicht zur Religion werden.
- 2. Kann man Prozesse oder das Problem als Ganzes digitalisieren? Uns steht es in jeder Frage gut zu Gesicht, auf Digitalisierung zu achten. Denken wir also bei grundsätzlich sehr analogen Themen (selbst Zoo-Politik) an Digitalisierung.
- 3. Was sind die ökologischen Auswirkungen? Die dritte Frage müssen wir verinnerlichen. Wie selbstverständlich muss jedes Wahlprogramm vor ökologischen Argumentationen, innovativen Ideen und kreativ-ökologischen Antworten strotzen. Wie selbstverständlich sollte man dabei möglichst eigenständige Ideen und neue Wege einschlagen.





THEMEN SETZEN UND OFFENSIV SPIELEN

Die FDP möchte den Soli abschaffen. Die FDP möchte den Soli abschaffen. Die FDP möchte den Soli abschaffen. Für jeden Menschen. Am besten bereits gestern. Erfolgreiches Agenda-Setting kann unter Umständen zu Ermüdungsbrüchen in der eigenen Bubble führen. Immer wieder werden Thesen gesetzt und mit Köpfen in Verbindung gebracht. Wir haben es bislang so gerade geschafft, den Emissionszertifikatehandel als Lösung öffentlich zu positionieren. Die JuLis arbeiten sehr gut daran, das Treibhauslimit als Wording zu setzen. Es liegen im Bereich Umweltpolitik - auf allen Ebenen - aber auch noch Themen auf der Straße. Und genau dort muss die FDP kommunikativ hin: Wo bleibt die große Aktion zur stärkeren internationalen Sanktion von der Entsorgung von Plastikmüll in Ozeanen? Warum gehen wir nicht auf die Straße, wenn im Duisburger Zoo noch immer Delfine unter fragwürdigen Bedingungen gehalten werden und kämpfen für einige wenige große Zoos mit guten Haltungsbedingungen? Warum kämpft man nicht auch stärker, lauter und spitzer für europäische Klimapolitik? Ja, womöglich internationale Klimapolitik. Da geht mehr!



3 UMARMENDE KOMMUNIKATION STATT "KLIMANATIONALISTEN"

Irgendwann ist auch mal gut. Ich hacke nicht noch einmal auf dem "Profi-Zitat" herum. In zahlreichen TV-Interviews diente das unschöne Wording "Klimanationalisten" dazu, den globalen Zertifikatehandel gegenüber der nationalen Steuer hervorzustellen. Es gibt eine riesig junge und strategisch enorm wichtige Zielgruppe an WählerInnen, die noch vor einiger Zeit bei der Wahlentscheidung zwischen Grünen und Freien Demokraten standen. Wen überzeuge ich, wenn ich den Argumentationsgegnern sofort Nationalismus um die Ohren werfe? Der kommunikative Umgang vieler FDPler mit den Grünen ist nicht zielführend. Man muss bei ganz vielen Ideen der Grünen deutlich widersprechen. Man muss die Prioritätensetzung und das Vernachlässigen der finanziellen Solidität immer wieder thematisieren. Aber: Für wen die Grünen rhetorisch der Feind und nicht der politische Gegner sind, der gewinnt in diesem Themengebiet der Zukunft keine neuen Wähler.



PERSONEN, DIE KLIMASCHUTZ AUTHENTISCH LEBEN

Kurzer Selbsttest: Bei welcher Person geht Dir das Herz auf, wen sie über Umweltpolitik spricht? Wenn Du auf diese Frage eine Antwort hast: Ist diese Person jünger als 40 Jahre? Vermutlich ja. Schade. Die Freien Demokraten stehen vor einem Kulturwandel. Diese vollzieht sich noch beim Thema Digitalisierung. Während einige Personen, allen voran Christian Lindner sehr für Digitalkompetenz stehen, findet man nicht erst auf Kreisverbandsebene tau-

sende Mitalieder, die auf ein iPad einprügeln. als wäre es ein Schneidebrettchen. Eine Frage der Zeit - könnte man sagen. Aber: Es ist peinlich, wenn diese Personen an Podiumsdiskussionen in Schulen zu solchen Themen befragt werden und dar keinen Schimmer haben oder veraltete Positionen einnehmen. Wir können ebenso im Bereich Umwelt tolle Leute wie Lukas Köhler haben. Dennoch schaden uns Personen, angefangen bei jedem Kreisverband bis in die Bundestagsfraktion, die rhetorisch derartig dilettantisch, kontraproduktiv und dumm auf Umweltpolitik rumhacken, wie andere nur auf ihrem iPad. Es ist also auch hier eine Frage der Zeit. Jedoch und vor allem auch eine Frage der Courage. Immer wenn dämliche Kommentare zu Umweltpolitik fallen, muss im Zweifel ein JuLi aufstehen und diese rhetorisch geschickt in die Pfanne hauen. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Partei und unseres Planeten.



WEITER PROGRAMMATISCH VORANGEHEN

Zur stetigen Weiterentwicklung der ökologischen Säule des Liberalismus braucht es Neudenker. Wir können noch so viele Themen ausführlich programmatisch aufgreifen: Das Insektensterben bewegt viele Menschen. Ein ökologisch-ökonomischer Energiemix. Das Integrieren von Innovationen und Umweltschutz bei allen Bauprojekten. Wildtierjagdtourismus in Afrika. Hier können wir JuLis eine wertvolle Rolle einnehmen und vorangehen. Auch sollten wir uns nicht verschließen, mit Verbänden zusammenzuarbeiten. Hier gilt es zu unterscheiden: Zwischen konstruktiven Verbänden, die womöglich noch keine FDP-Fans sind und gefährlichen Abmahnkonstrukten wie der Deutschen Umwelthilfe.

ein Fazit fällt jedoch nicht so negativ aus, wie es der Artikel manchmal andeutet: Viele PolitikerInnen haben aus Fehlern bei der Umweltpolitik gelernt. Zudem ist die Zeit der absoluten Überthematisierung zumindest zwischenzeitlich vorbei. Doch das Thema muss präsent bleiben. Sorgen wir dafür und fürchten uns nicht vor dem nächsten Umwelt-Hype. Schon zur nächsten Bundestagswahl möchte ich auf eine Freie Demokratische Partei blicken, bei der es nicht heißt: "Kann Spuren von Nachhaltigkeit enthalten", sondern "Nachhaltigkeit als Basis unserer Politik". 2017 wussten wir, wie man Themen setzt und Schlachten gewinnt. Es ist zumindest nicht ausgeschlossen, dass 2021 eine weitere Schlacht gewonnen wird. Anders. Noch besser.



TIM SCHÜTZ (23) kommt aus Essen und arbeitet dort im Bereich Kommunikation und Poli-

tik für einen großen Baukonzern. Er ist Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Liberalen NRW und leitet den Bundesarbeitskreis Umwelt, Verkehr und Bau der Jungen Liberalen. Du erreichst ihn unter tim.schuetz@julis-nrw.de.



Die International Federation of Liberal Youth (IFLRY) ist der internationale Dachverband der Jungen Liberalen. Die Organisation wurde 1947 in Cambridge, UK als World Federation of Liberal and Radical Youth gegründet und war zunächst fast ausschließlich europäisch geprägt. Als IFLRY expandierte der Verband nach 1979 weltweit und ist mittlerweile mit mehr als 70 Mitgliedsorganisationen auf allen Kontinenten vertreten. Imke Roebken aus Hamburg war zwei Jahre Vizepräsidentin von IFLRY und anschließend von 1991 bis 1997 Präsidentin und Vertreterin der JuLis im IFLRY-Vorstand.

Zunächst waren Sie Mitglied der Jungdemokraten, die zu diesem Zeitpunkt noch die offizielle Jugendorganisation der FDP waren, und wurden zur Vizepräsidentin von IFLRY gewählt. Später wurden Sie Präsidentin und wechselten vor der Wahl von den Jungdemokraten zu den JuLis. Wie kam es dazu?

Imke Roebken: Als ich fünfzehn oder sechzehn war, hatte ich zunehmend das Gefühl, dass es eine Pflicht sei, zu einer demokratischen Gesellschaft und zu Freiheit beizutragen. Diese Werte haben für mich nach wie vor den höchsten Stellenwert. Liberale waren zu dieser Zeit, und sind es meiner Meinung nach auch heute noch, am besten geeignet, Demokratie

und Freiheit zu verteidigen. Diese Grundeinstellung hat sich für mich nie verändert.

Ich wurde für die Jungdemokraten als Vizepräsidentin in den Vorstand von IFRLY gewählt. Auf dem gleichen Kongress wurden die JuLis Vollmitglied von IFLRY. Ich habe mich immer gut mit ihnen verstanden. Nachdem ich zwei Jahre lang Vorstandsmitglied war, wollte ich mich als Präsidentin zur Wahl stellen. Die JuLis haben mich davor gefragt, ob ich nicht endlich bei ihnen Mitglied werden wollte. So bin ich dann auch gewechselt. In dieser Zeit haben sich die Jungdemokraten zunehmend links orientiert und angefangen, mit den Grünen und den Linken zusammenzuarbeiten und

das war nichts für mich. Es war der richtige Weg für sie; nachdem die JuLis größer wurden und die offizielle Jugendorganisation der FDP waren, konnten die Jungdemokraten keine liberale Jugendorganisation mehr sein. Ich habe dann aber die JuLis in IFRLY vertreten, für sechs Jahre als Präsidentin.

Unser Austausch zu Imkes Zeit im IFLRY-Vorstand begann mit dem Thema der Ost-West-Beziehungen. 1989 war sie auf einer Konferenz in Prag, damals Tschechoslowakei, während die großen Proteste gegen das Regime ausbrachen.

IR: Das war einer der entscheidenden Momente. Ich war zufällig bei einem Treffen in Prag als die Samtene Revolution anfing. Die ersten Demonstrationen waren auf dem Wenceslas Platz. Wenn man so etwas live sieht. bekommt man doch noch ein anderes Verständnis dafür, als wenn man nur in den Medien darüber liest.

Es muss der 17. November 1989 gewesen sein. Es war der erste Abend, an dem sie sich auf dem Wenceslas Platz versammelt haben. und wir waren auf einer der schon veralteten Ost-West-Konferenzen. Wir sind dann einen Tag länger geblieben, und immer mehr Menschen kamen zu dem Platz. Nach 1989 war es faszinierend, das Entstehen der ganzen neuen liberalen Jugendorganisationen und Parteien in Mittel- und Osteuropa zu sehen.

Natürlich waren die Ost-West Beziehungen nicht das einzige, an dem IFRLY während Imkes Zeit im Vorstand gearbeitet hat.

IR: Ost-West-Beziehungen war nur eines unserer Themen. Es gab Demokratisierungen in Lateinamerika, die vor dem Ende des Kalten Krieges angefangen haben, und IFRLY hat dort viel Arbeit reingesteckt. Leider war ich nicht Teil der Delegation, die vor 1989 dort war. Der erste Vizepräsident aus Lateinamerika kam aus Paraguay und war als Kind in Deutschland im Exil gewesen. In Paraguay war die wichtigste Oppositionspartei liberal. IFLRY hatte auch in Chile, Uruguay, Argentinien und Kolumbien und einigen anderen Staaten Mitglieder. Später haben wir eine Delegation zur Beobachtung der Wahlen in Paraguay gestellt, als die Diktatur endlich gefallen ist.

Zur gleichen Zeit hat IFLRY Kontakte in Afrika und Asien ausgebaut.

IR: Das ging auch zu dieser Zeit los. Es gab eine Zeit lang eine liberale Partei im Senegal. Ich glaube, das war lange Zeit unser Hauptkontakt in Afrika. Es gab auch verschiedene Parteien, die aufgetaucht sind und dann wieder verschwunden sind. Malawi für einige Zeit, dann gab es Kontakte in Botsuana. Aber es gab weniger Kontakte als in Lateinamerika. Die Philippinen wurden auch Mitglied, das war Anfang der '90er.

Es gab viel Erweiterung. Das war auch eine Herausforderung für uns, weil unsere Förderung auf dem Europarat beruht hat, und durch die Erweiterung mussten wir viel teurere Reisekosten mit dem gleichen Geld bezahlen. Wir haben versucht, auf den Kongressen Übersetzungen ins Spanische, manchmal ins Französische, zu haben, damit mehr Leute teilnehmen konnten. Das ist viel von dem, was wir in den 90ern erreicht haben. Leute aus diesen neuen Mitgliedsländern konnten wirklich mitmachen. Heute gibt es Kongresse auf der ganzen Welt. Zu meiner Zeit war das noch nicht möglich. Der einzige Kongress außerhalb Europas fand in Israel statt. Wir haben immer versucht, die Kongresse mit Seminaren zu verbinden, um die Förderung dafür zu nutzen und sicherzustellen, dass alle Mitgliedsorganisationen zumindest einen Delegierten senden konnten. Und was hat Imke von ihrer Zeit bei IFLRY mitgenommen?

IR: Die Arbeit für IFLRY hat mein Verständnis von Liberalismus geändert. Man kann den Wert der Freiheit nicht ausschließlich durch eine privilegierte, demokratische Gesellschaft erfahren. Allein dadurch kann man nicht immer verstehen, wie wertvoll Freiheit und Demokratie sind. Manchmal weiß ich nicht, was ich wählen soll, aber ich es ist für mich trotzdem eine Pflicht zu wählen; insbesondere solange nicht jeder in dieser Welt das Recht zu wählen hat. Das wurde zum Beispiel beeinflusst durch die Leute in Paraguay, in der Diktatur, die darunter litten, nicht wählen zu können. Oder Leute aus Aserbaidschan zu treffen, die verhaftet wurden, weil sie für mehr Freiheit und Pressefreiheit demonstriert haben. Menschen aus nicht-demokratischen Staaten zu treffen lässt dich den Wert von Demokratie noch viel mehr verstehen. Ich denke, das hat mich zu einer besseren Liberalen gemacht. Es macht es leichter, für diese Prinzipien zu argumentieren. Gleichzeitig glaube ich, Liberalismus ist der einzige Weg, über den die Welt sich weiter entwickeln kann. Es gibt für mich keine Alternative.

Die ungekürzte Fassung des Interviews wurde auf Englisch unter libel.iflry.com/imke veröffent-





LARISSA SAAR (24) lebt im Rhein-Sieg Kreis bei Bonn und leitet das Mitgliedermagazin libel unserer internationalen Dachorganisation IFLRY. Du er-

reichst sie unter larissa.saar@julis.de.



KRIJN VAN EEDEN (30) lebt in London und leitet das Mitaliedermagazin libel unserer internationalen

21

Dachorganisation IFRLY. Du erreichst ihn unter libel@iflry.org.

JUNG+LIBERAL 03/2020



Webtalks

Weltweiter digitaler Austausch während der Corona-Pandemie



m 4. Mai fand ein Webtalk zum Thema "Was macht Corona eigentlich in Subsahara-Afrika?" mit Jules Maaten aus Johannesburg statt, der für die Friedrich-Naumann-Stiftung als Regionalbüroleiter für die Region Subsahara zuständig ist. Geleitet wurde der Webtalk von Alice und mir. In drei Themenblöcken unterhielten wir uns zur aktuellen Covid-19-Situation in Südafrika und anderen afrikanischen Ländern. Dabei kristallisierte sich heraus, dass Covid-19 insbesondere zu einer Verschlechterung der Menschenrechtslage führt und gerade in Elendsvierteln kaum eine Möglichkeit für Hygiene und Abstand gegeben ist. Zudem fehlt es an Testkapazitäten und Versorgungsmöglichkeiten für Erkrankte. Gerade deshalb ist die Beobachtung der Lage in Afrika besonders entscheidend.



JANNIK REISBERG leitet die Subsahara-Afrika-Gruppe des Internationalen Komitees. Du erreichst ihn unter jannik.reisberg@rwth-aachen.de.

Krieg und Annexion

Wie (in-)stabil ist die Ukraine?

ei unserem Webtalk mit Beate Apelt (FNF Ukraine) und Igor Mitchnik (DRA Slowjansk) am 12. Juni diskutierten die Teilnehmer neben der allgemeinen außenpolitischen Situation der Ukraine und der Beziehung zu Russland mit unseren Experten über die konkreten Auswirkungen des Krieges auf die ukrainische Gesellschaft. Thematisiert wurden dabei die gekappte Wasserversorgung auf die Krim, die Verfolgung der krimtatarischen Bevölkerung durch den russischen Geheimdienst oder die schlechten Lebensbedingungen im Kriegsgebiet und den von Separatisten besetzten Territorien. Zusammenfassend kamen beide Experten (leider) zu der Vorhersage, dass eine Lösung des Krieges momentan nicht in Sicht sei und plädierten daher dafür, dass diesem international wieder größere Beachtung geschenkt werden müsse.



LENNART JÜRGENSEN leitet die Osteuropa-Gruppe des Internationalen Komitees. Du erreichst ihn unter Lennart-Juergensen@gmx.net.

Talk mit den Young Democrats of America

er Videokonferenz haben wir uns am 22. April als Nordamerika-Gruppe zum Austausch mit zwei Vertretern der Young Democrats of America getroffen. Sam Hudis (Vorsitzende des International Affairs Committees) aus Manhattan, New York und Dunixi Guereca (Schatzmeister des National Boards) aus Los Angeles, California berichteten uns aus erster Hand vom Krisenmanagement Trumps seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie. Nie hing die eigene Gesundheit

so sehr davon ab, ob ein Bundesstaat von Republikanern oder Demokraten regiert werde, so Sam und Dunixi. Die sich nun noch stärker herauskristallisierende soziale Ungleichheit, das defizitäre Gesundheitssystem und die Stimmungsmache durch Fake News würden nun auch bei vielen ehemaligen Trump-Anhängern Entsetzen und Umdenken auslösen. Für die Präsidentschaftswahl am 3. November dieses Jahres wächst die Hoffnung auf einen Machtwechsel im Weißen Haus. Können zu-

dem bereits ausgeschiedene, eher progressive Kandidatinnen und Kandidaten wie Elizabeth Warren oder Bernie Sanders zukünftig die Interessen der jungen Generation vertreten? Nicht nur Sam und Dunixi, auch viele JuLis sind optimistisch!



SVENJA DÖRFLINGER leitet die Nordamerika-Gruppe des Internationalen Komitees. Du erreichst sie unter svenja.doerflinger@gmx.de.



LESEZEICHEN



ALENA TRAUSCHEL (21) studiert in Heidelberg VWL und Politikwissenschaft und ist Beisitzerin im Bundesvorstand der JuLis. Sie liebt True Crime Stories und verschlingt Bücher innerhalb von Stunden. Du erreichst sie unter trauschel@julis.de.



Undercover

Jörg Diehl, Roman Lehberger, Fidelius Schmid

AT Breitscheidplatz, Anis Amri, VPo1. Bekannte Begriffe, doch wer oder was ist VPo1? Als ich das Buch "Undercover" in der Buchhandlung entdeckt habe, war ich schon vom Klappentext gebannt. Innerhalb von drei Tagen habe ich die 320 Seiten verschlungen, in denen der ehemalige V-Mann Murat Cem alias VPo1 seine Erfahrungen schildert hat und der Leser einen Einblick in die kriminellen Strukturen von Clans, islamistischen Vereinigungen und in die Arbeit der Polizei mit V-Personen erhält. Die Spiegel-Autoren

Jörg Diehl, Roman Lehberger und Fidelius Schmid haben die Aussagen von Murat Cem überprüft und die Erzählungen mit spannenden Fakten aus den Ermittlungsakten gefüllt. Schon bald wird auch die Frage aufgeworfen, in welchem rechtlichen Rahmen die Arbeit von V-Personen abläuft. Schließlich täuschen sie Vertrauen vor, bewegen sich in einem kriminellen Milieu und sind oftmals auch bei der Einnahme von Drogen, bei Bordellbesuchen und ähnlichem dabei. Insbesondere die Erzählung über den Salafisten und IS-Anhänger Abu Walaa lassen einen schaudern, aber auch die Erzählung seiner Frau über die Arbeit ihres Mannes, das Leben im Zeugenschutzprogramm und die fehlende Altersvorsorge als V-Person lässt einen nachdenklich zurück.

Die Arbeit von Murat Cem ist auch im Bundestag ein Thema. Im Untersuchungsausschuss 1 zum Terroranschlag auf den Breitscheidplatz hofft man, dass VP01 bald eine Aussage machen kann. Er hatte die Behörden mehrfach vor Anis Amri gewarnt – ohne Wirkung.

Wenn Dich das Thema innere Sicherheit interessiert, ist das Buch definitiv eine Empfehlung. Es ist keine leichte Kost und man ist ab und an sprachlos über die Arbeit der Behörden, aber es bietet auch einen spannenden Einblick in einen Bereich, der selten thematisiert wird.

Jörg Diehl, Roman Lehberger, Undercover – Ein V-Mann packt aus – Ein SPIEGEL-Buch. DVA, München 2020. 320 Seiten, 20 Euro.

Taiwan im Kampf um weltweite Anerkennung



iner unserer Highlights der vergangenen Wochen war der Webtalk mit dem Botschafter Taiwans, Prof. Shieh, der sich mit über 90 Jungen Liberalen zu seinem Land ausgetauscht hat. Mit unterhaltsamen Sprüchen hatte der Professor für Germanistik vermutlich mehr Wortspiele auf Lager, als Taiwan COVID-19 Infizierte zählt. Es war sehr eindrucksvoll, von den verschiedensten Repressalien zu hören, die China gegen Taiwan anwendet. Es passt China nicht, dass Taiwan der

Weltöffentlichkeit einen kleinen Ausblick auf ein demokratisches China gibt. Im Gegenzug setzt China viele Länder unter Druck, mit Taiwan keine offiziellen diplomatischen Beziehungen aufzunehmen.



LEONARD SCHARF leitet die Asien-Gruppe des Internationalen Komitees. Du erreichst Ihn unter

leonard.scharf@mailbox.org.





Solltest Du grundsätzliche Fragen oder Anregungen zur internationalen Arbeit haben, schreib gerne eine E-Mail an ALICE.SCHMIDT@JULIS.DE.

Ich freue mich auf den Kontakt!





Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V. Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

Telefon: (040) 680 78 55-0

Telefax: (040) 680 78 55-22

E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P): Franziska Zimmerer (franziska.zimmerer@julis.de) und Franz Märtl (franz.maertl@julis.de)

AutorInnen:Denis Anwar, Robert Dehghan, Svenja Dörflinger, Krijn van Eeden, Tabea Gandelheidt, Torben Hundsdörfter, Lennart Jürgensen, Matti Karstedt, Luca Lichtenthäler, Anna Neumann, Jannik Reisberg, Larissa Saar, Leonard Scharf, Laura Schieritz, Cord Schulz,

Tim Schütz, Alena Trauschel

Manöverkritik: Michael Theurer

Auflage: 12.500 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge

geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte

übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastau-

toren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an redaktion@julis.de schicken.

Bildnachweise

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials von pixabay.com und unsplash.com erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.

Dieses Magazin wird gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

